

Soziales/Gesellschaft/

(dpa-Gespräch - Zusammenfassung 0500)

Migrationsforscher Bade fordert eine «nachholende Integrationspolitik»

Osnabrück (dpa/Ini) - Der Osnabrücker Migrationsforscher Prof. Klaus Bade hat für schon lange in Deutschland lebende Ausländer eine «nachholende Integrationspolitik» gefordert. Die Diskussion in Deutschland nach den Unruhen in Frankreich leide unter einem «Denkfehler», sagte Bade in einem Gespräch mit der dpa in Osnabrück. «Die oft übertriebene Klage über Schwachstellen in der Integration meint nicht die Neuzuwanderer, sondern die Bevölkerung mit Migrationshintergrund», sagte der Wissenschaftler.

Dabei denke er an Menschen, die in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland leben. «Sie haben die Eingliederungshilfen, die heute im Sinne des Zuwanderungsgesetzes für selbstverständlich gehalten werden, nie erhalten.» An diese Bevölkerungsgruppe werde bei den Integrationskursen nur in zweiter Linie gedacht, nämlich nur dann, wenn bei der Erstintegration noch Geld übrig bleibe. «Es muss direkt und großzügig investiert werden in die nachholende Integrationspolitik, die mindestens so wichtig ist wie die begleitende.»

Zusätzlich forderte Bade eine präventive Integrationspolitik bei Spätaussiedlern und Juden aus der früheren Sowjetunion. Vom Antrag bis zum Aufnahmebescheid vergingen mitunter zwei Jahre. «Diese Zeit sollte genutzt werden für das Erlernen der deutschen Sprache bei den jüdischen Zuwanderern und für die Verbesserung der Sprachkenntnisse bei den Spätaussiedlern», sagte Bade. Sprachkurse, Orientierungskurse und vor allem berufsbezogene Fortbildungsmöglichkeiten könnten über Fernkurse schon im Heimatland angeboten werden.

«Die Bereitschaft, diese Angebote anzunehmen, könnte bei der Bewertung der Anträge berücksichtigt werden.» Aus dem Dreiklang von präventiver, begleitender und nachholender Integrationspolitik bekäme das deutsche Konzept mehr Kraft. Zwar spiele das Thema bei den Koalitionsverhandlungen schon eine Rolle, aber letztlich zähle nur das Geld, das im Haushalt für Integration vorgesehen sei.

dpa

110456 Nov 05

11.11.2005